

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Er scheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 14 1/2
Fernsprecher: 7 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreifachste. Preisliste 1 M. Aufnahme nur bei vorheriger Gebührenrensung auf Postcheck. Alfred Nibel 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsch. Freitag

60 Jahre zentrale Organisation der Sattler.

Am 17. Juni d. J. sind sechzig Jahre vergangen seit dem Tage, an dem in Berlin zum erstenmal die Vertreter der Sattlergesellen aus dem ganzen deutschen Reich zusammenkamen, um über ihre Berufsfragen zu reden, und um durch den Zusammenschluß zu einer Zentralorganisation über das ganze Reich die organisatorischen Vorbedingungen für den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Schon vor dieser Zeit hat es Versuche gegeben, die Sattlergesellen in Gewerkschaften zu erfassen. Im Mai 1868 wurde der „Berliner Sattlerverein von 1868“ gegründet. Dieser Fachverein gelangte später unter Hirsch-Dunderschen Einfluß und löste sich nach und nach auf. Der Deutsch-Französische Krieg brachte eine starke Belebung der Militärarbeit und die Sattler verlangten wieder nach einer Organisation. Auch im übrigen Reich wurden Fachvereine gegründet, so in Eberfeld, Köln, München, Dresden, Offenbach am Main usw.

Alles drängte zum Zusammenschluß, und es war in erster Linie der Initiative unseres Kollegen Ignaz Auer zu verdanken, daß es zur Einberufung des ersten Sattlertongresses kam. 34 Delegierte und 19 Verwaltungsstellen des Reichs waren erschienen. In einer Reihe von Vorträgen, zum Teil vom Kollegen Auer selbst gehalten, wurde die Lage des Berufs und die Lehrlingsausbildung behandelt. Besonders beschäftigte sich der Kongress mit der Notwendigkeit weiterer Vertiefungen der Arbeitszeit. Die Situationsberichte ergaben eine Darstellung der vielfach unerträglichen Arbeitsverhältnisse, wie sie zu damaliger Zeit noch vorherrschend waren. Lange Arbeitszeit, vielfach noch Kost- und Logiswesen, dazu unwürdige Löhne, waren an der Tagesordnung. Gefordert wurde der gesetzliche Achtstundentag. Bis zur Erreichung dieses Zieles sollten höchstens 10 Stunden gearbeitet werden und für sich nötig machende Ueberstunden ein Ueberstundenzuschlag von 50 Proz. gefordert werden.

Das Resultat dieser Verhandlungen war die Gründung des ersten „Allgemeinen Deutschen Sattlervereins“. Vorführender wurde Kollege Ignaz Auer, den leider recht bald die politische Betätigung derart in Anspruch nahm, daß er sich der Bewegung nicht mehr voll und ganz widmen konnte. Die junge Organisation war allen Drangsalen der damaligen Zeit ausgesetzt. Bereits im Jahre 1873 lebte eine heftige Krise ein. Die Folge davon war große Arbeitslosigkeit und Reduzierung der Löhne. Wurden auf dem zweiten Sattlertongress, der 1873 in Offenbach a. M. tagte, noch 19 Mitgliedschaften mit 935 Organisierten gezählt, so waren es auf der 1875 in Dresden stattfindenden Zusammenkunft nur noch 18 Verwaltungsstellen mit 750 Mitgliedern.

Im Jahre 1877 beschäftigte sich eine in Leipzig stattfindende Generalversammlung sehr eingehend mit dem Problem, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Inzwischen landete bereits das Sozialistengesetz seine Schatten voraus. Im Frühjahr 1878 erfolgte denn auch die Selbstauflösung des ersten Sattlervereins, um den Verfolgungen auf Grund des Sozialistengesetzes aus dem Wege zu gehen. Der Organisationsgedanke lebte trotzdem an der Oberfläche weiter und konnte niemals völlig unterdrückt werden. In Disziplinierclubs wurde die Neubelebung der Berufsorganisation vorbereitet und bereits im Jahre 1881 kam es in Berlin erneut zur Gründung eines Sattlervereins. Andere Städte im Reich

folgten, der Zusammenschluß zu einer zentralen Verbindung wurde überall propagiert und so beschloß der im Frühjahr 1889 nach Dresden zusammenberufene Kongress die Gründung des zweiten „Allgemeinen Deutschen Sattlervereins“.

Im Jahre 1909 erfolgte dann die Vereinigung mit den Portefeullern und 1920 mit den Tapezierern zu unserem „Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verband“.

Groß geworden durch unermüdete und opferwillige Kleinarbeit der Kollegen, hat unser Verband, wenn man von einer Unterbrechung während des Sozialistengesetzes absteht, sechs Jahrzehnte lang allen Stürmen der Zeit standgehalten. Es war oft nicht leicht die Fernstehenden aufzutäuben über die arbeiterfeindliche Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftssysteme, aber erst einmal durchdrungen von dem Glauben an die Organisation, ermachte in der Masse recht bald der Wille, mitzukämpfen für ein besseres, menschenwürdiges Dasein.

Vieles von dem, was unseren Kollegen auf dem ersten deutschen Sattlertongress im Jahre 1872 als fernes Zukunftsproblem vorgeschwebt hat, ist bereits errungen worden. Vor uns liegt der Jahresbericht unseres Verbandes über das Geschäftsjahr 1931. Vergleichen wir die in den einzelnen Abschnitten des Berichts gegebenen Darlegungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie zur Zeit tariflich festgelegt sind, mit dem was vor 60 Jahren war, so können wir voller Genugtuung feststellen:

Es ist ein gutes Stück vorwärts gegangen!

An Stelle des Zehn- und Zwölfstundentags ist der Achtstundentag getreten. Das Kost- und Logiswesen ist so gut wie völlig verschwunden, der Zustand, daß der Sattlergeselle Sonntag für Sonntag bis zum Mittagessen alle Geschirre ausleihen mußte, dürfte ebenfalls der Vergangenheit angehören. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen einschließlich der Ueberstundenzuschläge sind, abgesehen von wenigen Ausnahmen, vertraglich geregelt.

Mit Stolz und innerer Befriedigung können die Kolleginnen und Kollegen auf den Weg zurückblicken, den ihre Gewerkschaft in diesen sechzig Jahren zurückgelegt hat. Nur der Zusammenschluß der Berufsangehörigen zu einer starken und damit widerstandsfähigen Organisation hat der Arbeiterkraft den Glauben an die eigene Kraft gegeben, um als geschlossenes Ganzes für ihre Menschenrechte einzutreten.

Wieder erhebt die Reaktion das Haupt. Sie will von neuem den alten arbeiterfeindlichen Klassenstaat aufrichten, um die schaffende Menschheit zu entrechten. Die Geschichte unseres Sattlerverbandes muß allen Kollegen und Kolleginnen eine Mahnung sein, dem Verband die Treue zu wahren. Die Geschichte unseres Verbandes hat uns aber auch gelehrt, daß alle bisherigen Unterdrückungsversuche gescheitert sind an dem unerlöschlichen Glauben der im Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen, einer großen unüberwindlichen Kulturbewegung zu dienen. Mehr wie je zuvor gilt heute das Wort, das unser unvergesslicher Vorkämpfer Ignaz Auer den Delegierten auf dem ersten Sattlertongress zurief:

„Nicht berechtigt zum Leben ist der, der nicht den Kampf ums Leben zu kämpfen wagt!“

Jahrbuch 1931.

Der nächste ordentliche Verbandstag findet am 8. August in Stuttgart statt. Zur Zeit finden allorts Mitgliederversammlungen statt, in denen die Verbandstätigkeit in den letzten drei Jahren einer scharfen Kritik unterzogen wird. In vielen Fällen kommen aus den Reihen der Mitglieder Vorschläge und Anträge für Neugestaltung des Verbandsstatuts und will es scheinen, soweit sich das bereits vorliegende Material übersehen läßt, als wenn der kommende Verbandstag in puncto Anträge alle zurückliegenden Reforme schlagen wird.

In dieser Zeit werden es die Kollegen begrüßen, daß inzwischen der Jahresbericht des Hauptverbandes für das Geschäftsjahr 1931 erschienen ist. In guter Ausstattung gibt das Jahrbuch 1931 auf 144 Druckseiten eine Fülle von aufklärendem Material über alle einschlägigen Wirtschaft-, Berufs- und Organisationsfragen im Interessengebiet des Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes. Einem knappgefaßten überblickreichen Bericht über die wichtigsten volkswirtschaftlichen Ereignisse im Jahre 1931 folgt die Betrachtung der Konjunkturlage in den Hauptbranchen des Verbandes und ein umfangreiches Tabellenwerk, das Aufschluß über den Umfang der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Vorjahr gibt. Die Berichte der Gau- und Bezirksleitungen zeigen die Entwicklung der Produktionsstätten und der Organisation in den einzelnen Teilen des Reichs.

Ein weiteres wichtiges Gebiet, über das man leider in den Versammlungen noch viel Unklares und Falsches zu hören bekommt, ist das Lohn- und Vertragswesen des Verbandes. Der Jahresbericht gibt auf etwa 40 Seiten über alle Teile des Vertragswesens erschöpfende Auskunft, ebenso über die Kapitel: Streit, Aussperrung, Rechtschutz.

Ausführlich beschäftigt sich der Bericht mit der Lehrlings- und Jugendbewegung unseres Verbandes und mit der Mitgliederbewegung bzw. der Gewinnung neuer Mitglieder durch Werbung. Vor allem zeigt dieser Abschnitt, daß es trotz aller Wirtschaftsnöte immer noch möglich ist, sich bei einigermaßen gutem Willen erfolgreich agitatorisch zu betätigen.

Weitere Abschnitte des Jahresberichtes beschäftigen sich mit der Verbandspresse und mit den stattgefundenen Konferenzen und Kongressen. Einen sehr gewichtigen Teil nimmt die Berichterstattung über die Kassengebarung des Verbandes einschließlich der Leistungen für Unterstufungen in Anspruch. Manche schiefe Behauptung würde nicht ausgesprochen werden, würden sich die Kollegen vorher der Mühe unterziehen, den alljährlich erscheinenden Rechenschaftsbericht zu studieren.

Auf diesem Gebiet gibt es in weiten Kreisen der Kollegen noch sehr viel nachzuholen. Oft stellen Verbandsmitglieder, die den guten Willen haben, sich im Interesse der Organisation zu betätigen, an die Hauptverwaltung den Antrag, ihnen geeignetes Material zur Selbstbildung und als Unterlage für ihre Agitationsarbeit zu übermitteln. Der Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1931 bildet eine reiche Fundgrube auf diesem Gebiet und können wir allen vorwärtstrebenden Kollegen nur empfehlen, diesen Bericht durchzulesen. Manche Unklarheit über das Wesen und über die Leistungen unseres Verbandes, vielleicht auch über die Leistungsmöglichkeiten unseres Verbandes, würden dadurch behoben werden.

Fortführung der Jugendarbeit.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist heute selbstverständlich. In allen Organisationen werden Lehrlinge und jugendliche Arbeiter organisiert, in Jugendabteilungen zusammengefaßt und hier zu tüchtigen Berufscollegen, guten Gewerkschaften und Sozialisten herangebildet. Die ersten Schwierigkeiten dieser Jugendarbeit sind überwunden. Es klappt in den Jugendabteilungen, wenn auch das in der Jugendarbeit übliche Auf und Ab in den Gruppen die Jugendarbeit mal besser und mal schlechter erscheinen läßt. Durch die Jugendarbeit in den Gewerkschaften finden die jungen Menschen, das kann die freie Gewerkschaftsbewegung mit Stolz buchen, Schutz vor Ausbeutung und schlechter Behandlung, Besserstellung ihrer Lehr- und Arbeitsbedingungen, zugleich aber auch Siedeln gesellschaftlichen Bewusstseins und der Ausbildung.

Was wird aber mit denen, die die Jugendabteilungen verlassen? Sind sie in der Bewegung weiterhin aktiv tätig? Reiben sie sich in die Front der erwachsenen Gewerkschaften ein? Werden sie die Streiter für die Sache, die sie sein sollen? Seien wir ehrlich: in fast allen Organisationen fehlen die 18- bis 25jährigen als Mitkämpfer, sie sind nicht Schrittmacher, sie sind Mitläufer, die zwar ihre Beitragspflicht gegenüber der Organisation erfüllen, die aber nicht mit der inneren Begeisterung für unsere Sache ausgerüstet sind der Bewegung zur Verfügung halten. Sie fehlen oft in den Verhandlungen der Gewerkschaften, sie fehlen bei der Kleinarbeit. Sollte es nur Unlust sein, die die junge Generation abhält, gerade in den Gewerkschaften nicht mitzutun? Sollten es Mängel sein, der Tageslohn, die Arbeitslosigkeit oder die Unmöglichkeit, Funktionen in der Bewegung zu erhalten, da die jungen Menschen nicht im Betrieb sind, oder fehlt in unserer Bewegung nicht doch noch ein Brückenpfeiler in der Verbindung von jung und alt im Zusammenwirken? Sind wir nicht verpflichtet, noch an eine Fortführung der Jugendarbeit zu denken, um die durch die Arbeitslosigkeit von Betriebsfunktionen ausgeschalteten und durch die Krise menschlich bedrückten jüngeren Gewerkschaftler inniger mit der Bewegung zu verbinden? Dies ist eine Sache, wert besprochen zu werden. Wer wünscht hierzu das Wort?

16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz.

Die Sozialpolitik war nie der Liebling der herrschenden Gesellschaft. Selbst als die Wirtschaft blühte, war sie nur ein Stiefkind, und je mehr der wirtschaftliche Rückgang sich geltend machte, desto mehr wurde sie in die Ecke geschoben, und wenn es nur ginge, würde man sich von ihr vollständig losagen. Sie wird jetzt von den Kapitalisten als ein großes Uebel betrachtet, als eine der Hauptursachen des schlechten Geschäftsganges. Daß in solcher Zeit eine Internationale Arbeitskonferenz, die der Förderung der Sozialpolitik zu dienen bestimmt ist, mit Erfolg arbeiten konnte, ja, daß auf ihr die Beschlüsse mit größerer Mehrheit gefaßt wurden als in den vergangenen Jahren, das ist überraschend. Eine Erklärung dafür ist vielleicht der Umstand, daß die Beschlüsse keine unmittelbare Wirkung haben, daß es also nicht viel kostet, freigeigig zu sein, und dabei zugleich demonstrativ in Erscheinung tritt, ein wie großer Freund der Sozialpolitik man im Prinzip ist.

Natürlich ist auf der Konferenz auch eingehend über die Hemmnisse gesprochen worden, die die sozialpolitische Entwicklung aufhalten und mitunter zum Rücklauf führen. Ueber die schlechte Wirtschaftslage kann der beste Freund der Sozialpolitik nicht hinwegsehen, und wer nicht ihr Freund ist, nun, der weiß erst recht auf sie hin. Bei der Aussprache über den Bericht des Direktors, der in seinem Hauptteil auch in diesem Jahr die Wirtschaftskrise behandelte und nach Mitteln suchte, sie zu beheben, ist eigentlich mehr von der Wirtschaft als von der Sozialgesetzgebung geredet worden. Das ist dann fortgesetzt worden, als die Entschlüsse zur Beratung standen, die in erheblicher Zahl auch in diesem Jahr auf der Tagesordnung standen. Die Mehrzahl beschäftigte sich mit der zukünftigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts. Sie brauchen hier nicht besonders behandelt zu werden. Anders steht es mit einer Entschliessung, die von Jouhaux, Mertens und Schürch eingebracht wurde und die in einer abgeschwächten Form, die von den Antragstellern akzeptiert worden war, von der Konferenz angenommen wurde. Sie ist eigentlich das Ereignis der letzten Konferenz gewesen; im Ausschuss und auf der Konferenz ist heftig um sie gestritten worden. Wer am Buchstaben klebt, wird sagen können, die Entschliessung gehe über die Befugnisse der Konferenz hinaus, sie sei mehr wirtschaftlicher als sozialpolitischer Natur, sie sei, weil sie auch die Reparationsfrage berührt, sogar hochpolitischer Art, aber wer Sozialpolitik will, kann in all diesen Fragen sich nicht Scheuklappen umhängen. Und wenn die Arbeitskonferenz auch zur Prüfung wirtschaftlicher Fragen nicht zuständig ist, so kann sie doch mindestens das Gewissen der zukünftigen Kreise wach-

rufen oder schärfen. Im Ausschuss ist mit besonderer Wärme auch Albert Thomas für die Entschliessung eingetreten, und zwar nicht nur für den Teil, der die Arbeitsbeschaffung betrifft, sondern auch für den Teil, der sich mit den Reparationen beschäftigt. Er hat offen ausgesprochen, daß die Reparationsfrage liquidiert werden müsse, weil sie den Frieden und die Wirtschaft lähme, und er stand nicht an zu erklären, daß sein Land (Frankreich) mit dafür verantwortlich sei, daß dieser Zustand noch andauere.

Die Entschliessung ist sehr umfangreich. Ausgehend von einer Reihe von Voraussetzungen, wendet sie sich an den Völkerbund und an die einzelnen Staaten, verlangt die Organisierung und Finanzierung öffentlicher Arbeiten, die Wirkung bei der Regelung der Reparationsfrage, eine Konferenz zur Regelung des Währungs- und Kreditwesens, eine weitere Konferenz zur Beratung der Fragen der Erzeugung der Waren und ihres Umlaufs. Welche Wirkung die Entschliessung auf den Völkerbund haben wird, läßt sich nicht sagen. Es sei aber auch an dieser Stelle das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der beredete Mund verstummt ist, der ihr beim Völkerbund Anerkennung verschafft hätte. Bei all diesen Dingen wird Albert Thomas nicht zu ersehen sein.

In einer weiteren Entschliessung fordert die Konferenz den Verwaltungsrat auf, die Frage der gesch-

Kampf den Feinden des Sozialismus!

In einer im „Vorwärts“ veröffentlichten Antwort auf die Erklärung der neuen Reichsregierung nimmt auch Kollege Th. Leipart, der Vorsitzende des ADGB, Stellung. Leipzig sagt:

„Die Erklärung der neuen Reichsregierung ist geeignet, in den Massen der arbeitenden Bevölkerung, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten, die allerstärkste Verunsicherung hervorzurufen.“

In einer Sprache, die uns aus Kundgebungen sozialreaktionärer Unternehmerkreise nur allzu gut bekannt ist, die aber im offensindigen Gegensatz steht nicht nur zu allen früheren Regierungserklärungen aus der Zeit der Republik, sondern sogar auch zu den bekannten kaiserlichen Wortschöpfungen über die Sozialpolitik, predigt die neue Regierungserklärung die Abkehr vom sogenannten Staatssozialismus und von jener Auffassung, die den Staat als eine Art Wohlfahrtsanstalt betrachtet.

Dazu ist zunächst zu sagen, 1. daß die von der neuen Regierung bekämpfte Auffassung in der Reichsverfassung verankert ist und 2., daß es in den Ländern, in denen eine andere Auffassung herrscht, für das Glend und die Anechtung der arbeitenden Menschen überhaupt keine Grenzen gibt.

Die Regierungserklärung läßt erkennen, daß dem deutschen Volke Kämpfe von außerordentlicher Schwere bevorstehen. In diesen Kämpfen muß das arbeitende Volk einig sein.

Der Glanz der gewerkschaftlich organisierten ist dort, wo die Fahne der Demokratie und des Sozialismus weht!

lichen Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Industriezweigen im Hinblick auf die baldige Annahme einer internationalen Regelung zu prüfen.

Dem Verwaltungsrat war auf die Tagesordnung gestellt worden:

1. Die Aufhebung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungstellen.
2. Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung.
3. Das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen.
4. Die teilweise Abänderung des Uebereinkommens über den Schutz der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle.

Die Punkte 1 und 2 standen zum erstenmal auf der Tagesordnung, es konnten also nur Richtlinien aufgestellt werden, die das Amt bei der Formulierung der Fragebogen zu berücksichtigen hat. Die übrigen beiden Punkte haben auf der Konferenz ihre endgültige Regelung gefunden.

Die Zulassung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen wurde durch einen Uebereinkommensentwurf geregelt, und zwar soll er alle Fälle erfassen, die noch nicht durch die bereits früher angenommenen Uebereinkommen über die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit (1919), zur Arbeit auf See (1920) und zur Arbeit in der Landwirtschaft (1921) geregelt worden sind. Ausgenommen sind die Seefischer und Arbeiter in Fach- und Berufsschulen, wenn bestimmte Voraussetzungen zutreffen. Grundlegend wird gefordert, daß Kinder unter vierzehn Jahren, sowie solche, die das 14. Lebensjahr zwar überschritten, aber noch schulpflichtig sind, nicht beschäftigt werden sollen. Kinder mit vollendetem 12. Lebensjahr können mit leicht-

ten Arbeiten aber schon beschäftigt werden, wenn diese die Gesundheit und den Schulbesuch nicht beeinträchtigen und die Dauer von zwei Stunden an Schul- und Ferientagen nicht überschreiten. Weitere Ausnahmen können durch die Gesetzgebung durch Ermächtigung von Fall zu Fall geschaffen werden, wenn es sich um Belange der Kunst, der Wissenschaft oder des Unterrichts handelt.

Ueber die Punkte 1 und 2, die im kommenden Jahr sich zu Uebereinkommensentwürfen verdichten werden, kann gesagt werden, daß die bei der Invalidenversicherung aufgestellten Grundzüge im wesentlichen der deutschen Gesetzgebung entsprechen. Neben- und bei der Abschaffung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungstellen. Natürlich gilt das nur für die Fragebogen, die den Regierungen vorgelegt werden, deren Antworten dann als Material den Uebereinkommensentwürfen zugrunde gelegt werden.

Nicht vorbeigegangen werden kann an einer Gelegenheit, wo die Arbeitergruppe eine Niederlage erlitt. Seit Italien Faschisten als Arbeitervertreter schickte, hat die Arbeitergruppe ihr Mandat angefochten, sie hat auch nie einen Faschisten als Vertreter in irgendeinem Ausschuss gewählt. Das hat schon einmal zu einer Aenderung der Geschäftsordnung geführt, durch die erzielt wurde, daß Mitglieder und deren Sachverständige in jedem Ausschuss mitarbeiten können. Selbstverständlich ohne Stimmrecht. Auf Drängen Italiens ist jetzt die Geschäftsordnung von neuem geändert worden. Jetzt kann ein von der Gruppe nicht zugelassener sich bei dem Propositionsausschuss beschweren, seine Zulassung zu einem bestimmten Ausschuss verlangen und auf diese Art Mitglied werden. Die Selbstbestimmung der Gruppe ist dadurch bei einem wichtigen Punkt durchlöchert worden. Weiter sieht die Geschäftsordnung jetzt vor, daß, wenn bei einem Protest neue Gründe nicht vorgebracht werden, die Konferenz über die Gültigkeit eines Mandats ohne Aussprache entscheiden kann. Dieser Bestimmung gab die Konferenz rückwirkende Kraft und so konnte gegen die Zulassung des Faschisten öffentlich nicht protestiert werden. Ausschlaggebend waren dabei diplomatische Rücksichten. Besonders unangenehm haben die Arbeiter empfunden, daß neben den italienischen Anträgen eine Vorlage des Internationalen Arbeitsamts zur Geschäftsordnung lief, durch die den Wünschen der Faschisten voll Rechnung getragen wurde.

29. ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine.

Vom 6. bis 8. Juni fand in Jena die Tagung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine statt, an der über 800 Delegierte teilnahmen. Ueber den Stand der Konsumbewegung berichteten Klepzig und Bäßlein.

Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung merkte von einem Fünftel des Volkes getragen. Die Mitgliederziffer betrug Ende 1931 2,94 Millionen Haushaltungen und verringerte sich bis zum 31. März 1932 auf rund 2,9 Millionen, was also an diesem Tage größer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sank von 1212 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 1047 Millionen Mark 1931, das sind 13,5 Proz. Im ersten Vierteljahr 1932 verringerte sich der Umsatz gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 24 Proz. Der Umsatzrückgang ist auf Preisermäßigungen zurückzuführen. Ihm steht eine mengenmäßige Umsatzvermehrung für die meisten Bedarfsgüter gegenüber.

Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften verminderten sich 1931 von 406 Millionen Mark auf 319 Millionen. In den ersten drei Monaten 1932 trat eine Senkung des Spareinlagenbestandes um 18 Millionen ein. Die übermäßig umfangreichen Abhebungen haben also bei den Genossenschaften des Zentralverbandes nicht angehalten.

Die Ausnahmeumsatzsteuer ist restlos beiseite gelassen. Dem arbeitslosen Genossenschaftler werde das Brot besonders besteuert. Die immer wieder behauptete Steuerfreiheit der Konsumvereine sei Lug und Trug. Die Steuerleistung der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug 1929 19 846 275 Mark, 1930 26 770 603 Mark, und 1931 32 282 079 Mark. Ein schreiendes Unrecht sei die Steuerfreiheit des Sparrabatts für den Privathandel und die Besteuerung des Sparrabatts der Konsumgenossenschaften durch Körperschafts- und Kapitalertragssteuer.

Dem Tenor der Vorstandsberichte entsprachen zwei Entschliessungen gegen das Steuerunrecht, gegen die Auswüchse der Zollpolitik und Auarbeiterbestrebungen. Allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen liege die wohlverstandene Pflege des Binnenmarktes.

Die Abrechnung von 1931 und der Voranschlag von 1932 des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Bericht der Revisionskommission, der keine Einmündung gegen die Rechnungsführung erhielt, wurden gegen ganz wenige Stimmen genehmigt.

„Der Verfall der Gewerkschaften.“

Unter dieser Ueberschrift bringt das Unternehmersonorgan „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 19. Mai eine Notiz. In dieser wird die Behauptung aufgestellt, daß die Mitgliederstärke der im ADGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften erheblich gesunken sei. Unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit betrage der Mitgliederückgang 40 Proz. Der Rückgang der Gewerkschaften erkläre sich durch die starke Arbeitslosigkeit. Auch sei eine gewisse Organisationsmüdigkeit eingetreten, „die entstanden ist durch das sinkende Vertrauen zu den Gewerkschaftsleitungen. Sehr stark wirkt auch die wachsende Oppositions Stimmung aus politischen Gründen, veranlaßt durch die Tätigkeit der Kommunisten und durch die Arbeit der nationalsozialistischen Betriebszellen.“ — Beweis geht es den Gewerkschaften nicht sonderlich gut. Sie haben unter der Krise mehr als jede andere Organisationsart zu leiden. Es ist aber bezeichnend, daß ein Unternehmersonorgan vom Schlage der „Bergwerkszeitung“ seine unerkohlene Freude an der Schädigung der Gewerkschaften durch die Krise Ausdruck gibt. Jeder Arbeiter und Angestellte mit gesundem Instinkt sollte daraus die Lehre ziehen, welche Katastrophe heraufbeschworen wird, wenn die Gewerkschaften noch weiter geschwächt werden. Eine echte Gewerkschaft wird erst in Notzeiten bewiesen. Die Gewerkschaften sind der beste und stärkste Hort der Arbeiterschaft. Ihr Verfall ist der restlose Triumph der Unternehmer und die Einleitung einer dauernden Knechtschaft für die Arbeiterklasse.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Hagen i. W. Versammlung am 3. Juni 1932. Der Vorsitzende verweist auf ein Schreiben des ADGB, betreffend eine Veranstaltung in der Friedrichslust zugunsten der Arbeiterwohlfahrt. Der bevorstehende Städtgarter Verbandstag wurde in ausgiebiger Weise besprochen. Sämtliche vorliegenden Anträge wurden einstimmig unterstützt. Zum Kandidaten für die Delegiertenwahl wurde Kollege Brand aufgestellt. Zum Wahlvorstand wurden die Kollegen Brockhaus, Hattling und Höder gewählt. Sie wurden auf das Wahlreglement des Hauptvorstandes aufmerksam gemacht. Unter „Verschiedenes“ regte der Vorsitzende einen allgemeinen Familienausflug an. Beschlissen wurde, einen Ausflug nach „Haus Egge“ zu machen. Klein.

Halle a. d. S. In der am Sonnabend, dem 21. Mai, einberufenen Versammlung referierte Kollege Müller über Rechte und Pflichten des Mieters. An Hand der gesetzlichen Bestimmungen erläuterte er alle einschlägigen Bestimmungen des Mietergesetzes und gab an Beispielen Aufklärung über Mietszins, Befreiung von der Hauszinssteuer, Räumungslage usw. Kollege Flach machte längere Ausführungen über den kommenden Verbandstag. Nach lebhafter Aussprache wurde Kollege Flach als Kandidat des 11. Wahlkreises aufgestellt. Ueberall dort, wo die Arbeitgeber im Tapeziererberuf dazu übergehen, die Ferien um ein Fünftel zu kürzen, soll unverzüglich der Ortsverwaltung Mitteilung gemacht werden. Beschlissen wurde ein Nachtausflug unter Führung des Vogelwarts Herrn Keller. Zweck des Ausflugs soll sein, das Erwachen der Natur zu beobachten. Am Schluß der Versammlung wird bekanntgegeben, daß ein Jugendtreffen geplant ist. Felig Winarft.

Der Bankrott des Ständestaates in Italien.

Die Nationalsozialisten möchten Deutschland damit beglücken, daß sie an Stelle des Parlamentarismus einen Ständestaat lehen, in dem die Berufsvertretungen eine entscheidende Rolle spielen sollen. Sie berufen sich auf das Beispiel Italiens, das diese Umgestaltung angeblich vollzogen hätte. In Wirklichkeit ist in Italien ebenso die unverhüllte politische Herrschaft einer einzigen Partei, der Faschisten, wie sie auch in Deutschland von den Nationalsozialisten angestrebt wird. Der ständische Gedanke dient nur dazu, diese Parteiherrschaft ideologisch zu verbrämen. Bei der Errichtung der Berufsvertretungen wird freilich sorgfältig darauf geachtet, daß diese die tatsächliche Herrschaft nicht im geringsten berühren und auch der Arbeiterschaft keinen Einfluß geben darf. Was aber Italien anbelangt, so ist es dort überhaupt nicht zur Errichtung des Ständestaats gekommen. Aufschlußreich sind die Ausführungen über den Bankrott des Ständestaates in der Zeitschrift „Der deutsche Volkemirt“ (Nr. 38). Wie dort ausgeführt wird, ist in Italien die Bildung gemeinsamer Organe für die verschiedenen Berufe fast völlig mißglückt. Die ursprünglich vorgesehenen paritätischen Zentralauschüsse der sieben „Nationalverbände“ wurden niemals errichtet. Von den gemeinsamen Organen für die Einzelberufe ist nur eine für das Theaterwesen entstanden. Allein beim Korporationsministerium ist ein paritätisch zusammengesetzter Bei-

Autarkie-Bestrebungen verschärfen die Krise!

(AGB.) Der Welt handel in 48 Ländern, die 7/8 des gesamten Welthandels umfassen, war von 253 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 148 Milliarden Ende 1931 zurückgegangen. Die Gesamtumsatz dieser Länder hatte sich im gleichen Zeitraum von 132 auf 79 Milliarden und der Gesamtexport von 121 auf 69 Milliarden Mark verringert. Dieser außerordentlich starke Schrumpungsprozeß, der einem sehr weitgehenden Zusammenbruch der Weltwirtschaft gleichkommt, hat nach den neuesten Berichten im Jahre 1932 weitere Fortschritte gemacht. Als Maßstab kann zunächst die industrielle Weltproduktion gelten, die gegenüber 1928 — 100 bis Dezember 1931 auf 81 gesunken war und im März einen neuen Rekordtiefstand mit 74 erreicht hat. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß diese Durchschnittszahl stark nach oben getrieben worden ist, weil die Steigerung der russischen Produktion sich sehr günstig auswirkte. Während also die industrielle Warenerzeugung im 1. Quartal 1932 um 7 Proz. weiter zurückgegangen ist, haben die autarkischen Bestrebungen in der Weltwirtschaft dazu geführt, daß die Weltausfuhr an Industrieprodukten im gleichen Zeitraum um 24 Proz. zurückgegangen ist. Daraus kann man ersehen, wie stark der erneute Druck auf den Arbeitsmarkt werden wird, wenn die Abschließungsbestrebungen der einzelnen Wirtschaften in der Welt weitere Fortschritte machen. Die Hochschulbewegung in Großbritannien und die in letzter Zeit gemeldeten erneuten Follerhöhungen in Amerika werden zwangsläufig einen weiteren Rückgang der Außenhandelsbewegung nach sich ziehen und sind leider der Beweis dafür, daß trotz der sichtbaren katastrophalen Folgen des Autarkiestrebens die Abkehr von dieser vernichtenden Handelspolitik noch in weiter Ferne liegt.

Die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit.

Es ist eine allgemein verbreitete Ansicht, daß im Zeitalter der modernen Industrie, insbesondere während und seit der Kriegszeit, Frauen in einem früheren und größeren Umfang in das Wirtschaftsleben eingebunden sind. Die schlechte Lage des Arbeitsmarktes wird jedoch gelegentlich darauf zurückgeführt, daß der Wettbewerb der Frauenarbeit heute stärker ist als früher. Alle diese Behauptungen müssen durch Tatsachen und Zahlen einmal überprüft werden, um ein klares Bild über die tatsächlichen Veränderungen der Struktur des Arbeitsmarktes gewinnen und die relative Zunahme der Frauenarbeit festzustellen. Antonina Valentini hat im Auftrag der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ den Versuch unternommen alle Unterlagen, die über die Entwicklung der Frauenarbeit in der Nachkriegszeit Aufschluß geben, zusammenzustellen. Sie kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen:

Die Zunahme der Frauenarbeit erfolgte in größerem Umfang seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In den Vereinigten Staaten vergrößerte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen in der Zeit von 1870 bis 1880 um 43,2 Proz., während die weibliche Bevölkerung in demselben Zeitraum nur um 31,6 Proz. zunahm. Im folgenden Jahrzehnt ist das Eindringen der Frauen in die Erwerbstätigkeit noch auffallender. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen nimmt um 54,4 Proz. zu, während die der weiblichen Bevölkerung nur um 25,5 Proz. ansteigt. In Frankreich waren 1866 4,6 Millionen Frauen gegen Entgelt beschäftigt. Der Anteil der Frauenarbeit in Deutschland ist um diese Zeit etwa genau so groß. 1882 zählte man 5,5 Millionen erwerbstätige Frauen, das sind ungefähr 1/4 der gesamten weiblichen Bevölkerung. 1895 war diese Zahl bereits auf 6,5 Millionen und 1907 auf 9,4 Millionen oder 30 Proz. der weiblichen Bevölkerung angewachsen. In England ist die Zunahme der Frauenerwerbsarbeit im Vergleich zu den drei genannten Staaten nur sehr viel langsamer erfolgt: von 4 Millionen im Jahre 1891 auf 4,1 Millionen im Jahre 1901. Da aber die Bevölkerungszahl stieg, bedeutet dies sogar eine relative Verringerung der Zahl der erwerbstätigen Frauen von 26,9 auf 24,8 Proz. In den beiden Ländern, in denen die Frauenarbeit einen sehr großen Umfang hat, nämlich Italien und Oesterreich, nimmt, wie Gertrud Bäumer festgestellt hat, die Frauenarbeit besonders auffallend ab. Stellt man diesen Zahlen die-

jenigen für 1920 bis 1921 gegenüber, so ergibt sich, daß von 18 miteinander vergleichbaren Staaten die Frauenerwerbsarbeit in 6 Staaten zugenommen hat, und daß in denselben Staaten auch der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen gestiegen ist. In allen übrigen Ländern hat die Frauenerwerbsarbeit nachgelassen. In größerem Umfang ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen lediglich in Deutschland (um 5,2 Proz.) angewachsen. Die Vereinigten Staaten weisen nur einen Zuwachs von 2,2 Proz., England und Wales 8,7 Proz. und die Schweiz von 2,8 Proz. auf. Dagegen hat die Frauenerwerbsarbeit in sehr viel größerem Maße abgenommen: in Oesterreich um 12,6 Proz., in Belgien um 7,9 Proz., in Dänemark um 10,1 und in Italien um 5,6 Proz.

Die größte absolute und relative Zunahme der Frauenerwerbsarbeit läßt sich in Deutschland feststellen, das in dieser Hinsicht eine Ausnahme bildet. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen stieg in Deutschland von 8,5 Millionen im Jahre 1907 auf 11,5 Millionen im Jahre 1925, in relativen Zahlen ausgedrückt von 30,4 Proz. auf 35,6 Proz. der Gesamtzahl der weiblichen Bevölkerung. Seit der letzten Volkszählung hat sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen erneut erhöht. Das Land, das den höchsten Hundertsatz der erwerbstätigen Frauen und auch die größte Zahl der erwerbstätigen verheirateten Frauen aufweist, ist Frankreich. 1906 waren 6,6 Millionen Frauen beschäftigt, 1921 waren es bereits 7,4 Millionen, wenn man von dem Gebietszuwachs abzieht. Einschließlich Elsass-Lothringens beläuft sich die Zahl der beschäftigten Frauen sogar auf 8,6 Millionen. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1926 ist diese Zahl allerdings auf 7,8 Millionen gefallen. In derselben Zeit nahm die Bevölkerung um eine halbe Million zu.

Die Landwirtschaft war derjenige Erwerbszweig, in dem Frauen zuerst beschäftigt waren. Je wichtiger die Landwirtschaft in einem bestimmten Gebiet ist, um so größer pflegt auch der Anteil der erwerbstätigen Frauen zu sein. Das läßt sich deutlich durch die Unterschiede zwischen einzelnen österreichischen Provinzen beweisen, wo nach der Zählung von 1923 in Wien 48,2 Proz., in Niederösterreich 65,7 Proz., in Tirol 67,27 Proz. und in Kärnten sogar 71,97 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt waren. Durch die sich ausbreitende Industrialisierung haben die Frauen die sich ihnen neu bietenden Arbeitsmöglichkeiten ergriffen. Die vorhandenen Statistiken zeigen aber, daß mit wenigen Ausnahmen die Frauenerwerbsarbeit im ganzen gesehen stationär geblieben oder sogar gefallen ist.

Es wäre nun von größtem Interesse, einmal zu untersuchen, welche Veränderungen sich in der Art der Frauenarbeit ergeben haben. Wenn in bestimmten Berufen die Frauenarbeit zugenommen hat, hätte sie in anderen entsprechend abgenommen. Eine Verringerung des Umfanges der Frauenarbeit müßte allgemein vor allem in der Landwirtschaft nachzuweisen sein. Das ist auch tatsächlich der Fall. Ist doch die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen an sich schon überraschend gering. Während 1910 aber noch 22,4 Proz. aller erwerbstätigen Frauen in der Landwirtschaft beschäftigt waren, fiel ihr Anteil 1920 auf 12,7 Proz. In Deutschland waren 1926 4,8 Millionen Männer und 9,6 Millionen Frauen in der Landwirtschaft tätig. Gleichwohl fiel jedoch der Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Frauen im Vergleich mit der Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen von 47 Proz. im Jahre 1907 auf 43,8 Proz. im Jahre 1925. Auch für Frankreich und für England läßt sich feststellen, daß die Frauenarbeit in der Landwirtschaft abgenommen hat. In fast allen Ländern ist ferner die Zahl der als Hausgehilfen beschäftigten weiblichen Personen zurückgegangen. Ueberprüft man, welchen gewerblichen Berufen sich die früher in der Land- und Hauswirtschaft tätigen Frauen zugewandt haben, so ergibt sich, daß selbst in Deutschland, wo während der letzten zwanzig Jahre so tiefgehende wirtschaftliche Veränderungen vor sich gegangen sind, die Zunahme der Frauenarbeit in den gewerblichen Berufen kaum der allgemeinen Bevölkerungszunahme entspricht, so daß nicht einmal hier von einer plötzlichen Ueberflutung des Arbeitsmarktes durch die Frauen gesprochen werden kann. Die Zahl der in der Industrie beschäftigten Frauen stieg in Deutschland von 1907 bis 1925 um ungefähr 1 Million. Diese Frauen sind vor allen in den älthergebrachten Frauenberufen, nämlich der Textil- und Bekleidungsindustrie beschäftigt worden.

Die Veräusserin, deren Ausführungen wir hier nur andeutungsweise wiedergeben, glaubt feststellen zu können, daß während dem Anteil der erwerbstätigen Frauen in einem Lande und der Gesamtzahl der erwerbstätigen Bevölkerung einerseits sowie der gesamten weiblichen Bevölkerung andererseits ein bestimmtes Verhältnis besteht. Die allgemeine Behauptung, daß die Frauenarbeit in der Nachkriegszeit in ungewöhnlich großem Maße zugenommen hat, wird durch die tatsächliche Entwicklung nicht bewiesen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lebervaren.

Offenbach-Frankfurt a. M. Das Lohnabkommen wurde durch eine Vereinbarung vor der Tarifinstanz um einen Monat unverändert verlängert. Der Tarifmindestlohn beträgt 88 Pf.

Tapezierer.

Berlin. Durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses ist der Tarifmindestlohn von 1,11 Mt. auf 1,07 Mt. herabgesetzt worden. Der Lohnsatz ist mit vierwöchentlicher Frist kündbar und ist abgeschlossen mit dem Verband der Leder-, Polstermöbel- und Matratzenfabrikanten. Die Verhandlungen mit der Innung finden am 14. Juni statt.

Nürnberg-Fürth. Der Tarifmindestlohn wurde durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses auf 92 Pf. festgelegt.

Wiesbaden. Durch Vereinbarung vor dem Schlichtungsausschuss wurde das alte Lohnabkommen bis zum 31. August 1932 in Höhe von 96 Pf. unverändert verlängert.

Cinoleumleger.

Berlin. Die Lohnverhandlungen gingen bis zum Schlichter, da der vom Schlichtungsausschuss gefällte Spruch von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde. Die Parteien unterwarfen sich vor dem Schlichter dem Spruch eines Schiedsgerichts und dieses bestätigte den Spruch des Schlichtungsausschusses. Danach beträgt der Tarifmindestlohn bis zum 31. März 1933 1,16 Mt.

Treibriemer.

Nürnberg. Für die Nürnberger Treibriemenindustrie wurde vom Schlichtungsausschuss ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem der Tariflohn vom 1. Juni bis 31. Juli 1932 auf 82 Pf. festgelegt wurde.

Ausperrung in Stuttgart.

In der württembergischen Holzindustrie sind die Unternehmer zur Ausperrung geschritten. Der Schlichtungsausschuss hatte durch Spruch den Lohn auf 91 Pf. festgelegt. Die Unternehmer legten jedoch durch Anschlag in den Betrieben den Lohn auf 84 Pf. fest, wogegen sich die Kollegen wehrten, was die Ausperrung zur Folge hatte. Wir sind mit den Tapezieren in den Möbelfabriken beteiligt.

Keine allgemeine Fahrpreisermäßigung für Sommerurlauber.

Die Reichsbahnhauptverwaltung gewährt für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 20 Proz. Fahrpreisermäßigung für Erholungs- und Urlaubsreisen nur dann, wenn zwischen der Hin- und Rückfahrt eine Sperrfrist von 11 Tagen liegt und die 200-Kilometer-Grenze überschritten wird.

Der Bundesvorstand des ADGB hat sofort nach Bekanntwerden der Vorschriften über die neuen Sommerurlaubsarten an die Reichsbahnhauptverwaltung, an das Reichsverkehrs- und Arbeitsministerium eine Eingabe gerichtet und verlangt, daß allen Arbeitnehmern, die einen tariflichen Ferienanspruch haben, ohne jede Festlegung auf Entfernungen eine verbilligte Ferienfahrt jährlich einmal gewährt wird. Er hat ferner gefordert, daß alle gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen, die einen vom Arbeitgeber und von der Polizei beglaubigten Ausweis über erhaltenen Ferienurlaub vorlegen, Anspruch auf Arbeiterrückfahrkarten stellen dürfen, wie sie gegenwärtig schon zur Fahrt in der 3. Wagenklasse zwischen Arbeitsort und Wohnort der Familien zum halben Preise ausgegeben werden. Andernfalls sollte die Reichsbahn Ferienurlaubern Fahrpreisermäßigungen, wie für Arbeiter Wochenkarten gewähren, auch an solche Personen, die weniger als 11 Tage Ferien erhalten.

Die Deutsche Reichsbahnhauptverwaltung lehnte jedoch diese Vorschläge mit folgender Begründung ab:

„Durch die Einführung der neuen Sommerurlaubsarten soll in der Hauptfache denjenigen Erholungsbedürftigen entgegengekommen werden, die keine Ferienonderzüge benutzen können. Aus diesem Grunde sind den Tarifbestimmungen die für Ferienonderzüge bereits bestehenden Bestimmungen zugrunde gelegt worden.

Ebenso wie die Ferienonderzüge nur auf größere Entfernungen gefahren werden, mußten auch die Sommerurlaubsarten an eine entsprechende Mindestentfernung gebunden werden. Abgesehen davon spielt aber auch bei Abentfernungen die Ersparnis an Fahrgehd gegenüber den Aufenthalts- und Verpflegungskosten am Erholungsort für den einzelnen Reisenden nur eine geringfügige Rolle. Für die Reichsbahn würde jedoch bei der großen Zahl solcher Reisenden der durch die Fahrpreisermäßigung entfallende Einnahmeausfall unerträglich werden.

Die Sperrfrist von 11 Tagen für die Rückfahrt mußte vorgelesen werden, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß die Fahrpreisermäßigung in ausgedehntem Umfange für andere als Erholungsreisen ausgenutzt wird.

Mit Rücksicht auf die derzeitige schwierige Wirtschaftslage der Reichsbahn ist eine Begünstigung sämtlicher Ferienreisen durch Fahrpreisermäßigung leider nicht möglich. Die Erhöhung des Preisniveaus über 20 Proz. hinaus auf 33,3 Proz. kann aus demselben Grunde ebenfalls nicht erfolgen.

Auch der Vorschlag, die Bewilligung der Fahrpreisermäßigung von einem polizeilich beglaubigten Ausweis des Arbeitgebers abhängig zu machen, erscheint uns in der Praxis nur schwer durchführbar; er würde im übrigen aber auch nicht unberechtigte Berufungen anderer Personen, die sich in bedürftiger Lage befinden, auslösen.

Achtung, Berlin!

Auf Befehl der Funktärnkongferenz findet am Sonnabend, dem 18. Juni 1932, in der Zeit von mittags 1 Uhr bis abends 6 Uhr (im Gewerkschaftshaus von morgens 9 Uhr bis abends 6 Uhr) in nachstehenden Lokalen die Wahl der Delegierten zu dem am 8. August 1932 stattfindenden Verbandstag in Stuttgart statt.

4 Delegierte sind zu wählen!

Von den nachfolgenden Kandidaten sind die nichtgewinnlichsten zu streichen. Stimmzettel, die mehr als 4 Namen tragen, sind ungültig.

Kandidat	Branch	Eintrittsdatum
Osten, Wilhelm	Tapezierer	25. 7. 1899
Villing, Alwin	Koffermacher	1. 10. 1904
Strauß, Otto	Treibriemen-ttler	17. 3. 1911
Schröder, Emil	Autofattler	30. 4. 1914
Hohls, Walter	Tapezierer	11. 12. 1918
Steinführ, Paul	Vorlesewörter	25. 6. 1919
Grüzmacher, Emil	Zelle- u. Planstalt.	7. 10. 1911
Schüttig, Erich	Täschner	9. 9. 1911

Wahllokal	Bezirk	Stimme
Gewerkschaftshaus (Restaurant)	SO.	Engeluser 25
Gründer	C.	Zimmerstr. 30
Stommel, Schl. Heimat C.		Neue Friedr. str. 1
Kempin	O.	Taffier Str. 85
Lees (Schönrod)	NO.	Daniger Str. 93
Sachle	N.	Windower Str. 26
Bertram		Reuterstr. 22
Thelen		Uharlottenbg. Kaiser-Friedr. str. 45b
Brendemühl	Spandau	Augustafer 18

Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die dem Verbande 13 Wochen angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als 5 Wochen im Rückstand sind. Die 20. Woche 1932 muß gelebt sein.

Mitgliedskarte oder -buch, für Arbeitslose und Kranke, die in Unterstützung stehen, Kontrollkarte, sind mitzubringen und werden im Wahllokal abgestempelt.

Ohne genügenden Ausweis kein Wahlrecht!

Stimmzettel werden nur in den Wahllokalen ausgegeben. Die Ortsverwaltung: J. A.: B. O f e n.

Rundschau

Der neue Reichsarbeitsminister. Nunmehr hat sich das Kabinett Papen-Schleicher doch noch entschlossen, die Stelle des Reichsarbeitsministers neu zu besetzen. Am 6. Juni meldete das WTB: „Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichkanzlers den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Schäffer, zum Reichsarbeitsminister ernannt. Herr Dr. Schäffer war früher in Diensten von Krupp. Die Arbeiterklasse hat von ihm nichts zu hoffen. Infolge der Umstellung im Reichsarbeitsministerium scheidet auch Herr Staatssekretär Dr. Geib aus.

Protest gegen Bedrohung der Sozialpolitik. Am Dienstag, dem 7. Juni, fand eine besondere Tagung der „Gesellschaft für soziale Reform“ statt, auf der zum Problem der erwerbslosen Jugend Stellung genommen wurde. An der Regierungserklärung des Kabinetts Papen wurde scharfe Kritik geübt.

Der Vorsitzende von Notitz erklärte: „Der moderne Staat ist ein Staat der Sozialpolitik. Er kann nicht ohne sie bestehen. Die Sozialpolitik gehört zu seinen Wesenseigenschaften. Wenn sich die Erklärung der neuen Regierung in Wendungen ergeht, die sich als grundsätzliche Ablehnung von aller Sozialpolitik deuten lassen, so antworten wir darauf: „Eine solche Ablehnung ist unmöglich. Es ist zu wünschen, daß der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer den furchtbaren Ernst der Lage und die ungeheure Aufgabe der Sozialpolitik zu würdigen weiß.“

Da der neue Reichsarbeitsminister Herr Dr. Schäffer selbst Mitglied der Gesellschaft ist, wäre er

eigentlich verpflichtet, im Gesamtministerium für die Erklärung des Herrn von Notitz einzutreten. Er wird es nicht tun, denn Herr von Papen hat ihn bestimmt nicht dazu zum Reichsarbeitsminister gemacht, daß er die Sozialpolitik fördern soll.

Die Leipziger Herbstmesse findet ab Sonntag, den 28. August, bis einschließlich Mittwoch, den 31. August, statt. Die Mustermesse und die gleichzeitig stattfindende Messe für Bau-, Haus- und Betriebsbedarf dauert bis Donnerstag, den 1. September. Mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage hat das Leipziger Meßamt die Preise für Meßabzeichen und für Tagesarten bedeutend herabgesetzt.

Bierzeugung und Biersteuer. Im Rechnungsjahr 1931 sind in Deutschland rund 37 Millionen Hektoliter Bier hergestellt worden. Gegenüber dem Vorjahr zeigt die Bierzeugung einen Rückgang um 11,4 Millionen Hektoliter oder 23,6 Proz.

In derselben Zeit wurden an Biersteuer 386,2 Millionen Mark vereinnahmt. Diese Summe bleibt um 105 Millionen Mark hinter der Einnahme im Rechnungsjahre 1930 zurück.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Großbritannien. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Großbritannien erreichte Ende Mai 1932 nach der amtlichen Statistik rund 2 740 000, zu denen noch einige hunderttausend ausgesteuerte weibliche Erwerbslose hinzukommen, so daß tatsächlich über drei Millionen Arbeitslose vorhanden sind. Schon im April hatte die Arbeitslosigkeit um fast 85 000 Personen und im Mai um mehr als 89 000 Personen zugenommen.

Bücherschau

Albert Rand: Die Hungernden. Roman. 206 Seiten. Campbell. Buchausstattung von Jan Tischold. Verlag: Der Buchkreis G. m. b. H., Berlin SW 61. 1932. Preis 4,30 Mt.

Hier schreibt einer aus der namenlosen Masse sechs Millionen Erwerbsloser für seine leidenden Brüder und Kameraden den ersten echten Arbeiterroman in lebendiger und spannender Handlung. — Ein Arbeiter mit kurrerndem Namen verliert leicht die tüble Nerven, die sich jeder ihrer Handlungen bewußt bleibt. Er sieht nicht immer, daß die Beamten der Arbeitsämter ja auch nur ausführende Organe sind, gebunden an Befehle und Vorschriften und an einen lang bemessenen Etat. Die wahrhaft Schändlichen sind die heutige Gesellschaftsordnung und unser heutiges Wirtschaftssystem in seiner Gesamtheit. Gegen sie richten sich denn auch Anklage und Aufruf des Romanes, der ein erschütterndes Bekenntnis aus unserer Zeit darstellt, dessen Jued — nach den eigenen Worten des Verfassers — ist, „alle eins zu wissen in dem Gedanken: So darf, so kann es nicht weitergehen!“ Ist dieser geistvoll-kritische Roman.

Das seit Jahrzehnten wichtigste Buch der modernen Arbeiterbewegung — Marx: „Das Kapital“ — wird als Organisationsausgabe von der Verlagsgesellschaft des ADGB, in einer mobilisierenden, ungekürzten Ausgabe vertrieben. Der erste Band „Der Produktionsprozeß des Kapitals“ liegt vor. (Preis 2,50 Mt.) Er umfaßt 708 Seiten und ist mit einer längeren Einleitung von Karl Korsch versehen, die eine wertvolle Anleitung zum Studium des Buches gibt. Es ist arbeitsamtlich zu beachten, daß dieses Werk, welches die theoretischen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung enthält, jetzt auch zu einem Preise zu haben ist, der auch dem Unbemittelten die Anschaffung ermöglicht. Wir können nur dringend empfehlen, von dieser günstigen Gelegenheit recht ausgiebig Gebrauch zu machen.

Verbandsnachrichten

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 13. Juni bis 19. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

Pflichtige Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Verjammlungslander

Stettin. Am Freitag, dem 24. Juni, abends 6 Uhr, findet bei K a r r die Delegiertenwahl zum Verbandstage statt. Mitgliedsbuch oder -karte muß vorgelegt werden.

Sterbetafel

Frankfurt a. M. Am 8. Juni starb unser junger Kollege, der Tapezierer Willi Vogel, an Blutvergiftung im Alter von 19 Jahren nach vierjähriger Mitgliedschaft.

Köln. Am 8. Juni starb unsere Kollegin, die Dekorationsnäherin Klara Conrad, im Alter von 34 Jahren.

Raffelsheim. Am 3. Juni verstarb unser Kollege, der Autofattler Karl R u m m e l, im Alter von 30 Jahren.

Stargard i. P. Am 31. Mai starb im Alter von 23 Jahren unser Mitglied, der Tapezierer Willi O h r m u n d t.

Chre ihrem Andenken!